

Grosser Rat verlangt von Cramer Taten

Integrative Schule auf Prüfstand Konsens in der Basler Politik: Der Erziehungsdirektor muss in den kommenden zwei Jahren massive Verbesserungen für das Schulsystem ausarbeiten.

Jan Amsler

Die Not in Basler Schulzimmern ist gross. Die Rede ist von Bissattacken und Beleidigungen gegenüber Lehrpersonen, von einem Qualitätseinbruch im Unterricht wegen verhaltensauffälliger Schülerinnen und Schüler, die nicht gesondert, sondern in gewöhnlichen Klassen untergebracht sind.

Doch das System der integrativen Schule in Basel-Stadt ist unter Druck. Nun ist der Erziehungsdirektor Conradin Cramer (LDP) verpflichtet, innert zwei Jahren weitere Massnahmen vorzulegen. Dies fordert eine Motion, die am Mittwoch stillschweigend überwiesen worden ist.

 **Grosser Rat**
Berichterstattung aus dem Kongresszentrum

In seiner Stellungnahme weist der Regierungsrat diverse Pläne aus, wie die integrative Schule in den kommenden Jahren ohnehin verbessert werden soll. So plant das Erziehungsdepartement zum Beispiel, spezielle Förderräume einzurichten. Es handelt sich um ein niederschwelliges Angebot im Schulhaus, in dem Schülerinnen und Schüler für eine zeitlich begrenzte Dauer ausserhalb ihrer Stammklasse unterrichtet und gefördert werden.

«Wir sind keine Schreibtischtäter»

Die Motion verlangt aber mehr, etwa weitere Förderangebote für Schüler mit Auffälligkeiten im sozial-emotionalen Bereich und zusätzliche Fachpersonen wie Sozialpädagogen. Urheberin ist Franziska Roth aus Riehen, die für die SP politisiert und beruflich selber als Sozialpädagogin arbeitet. Sie und ihre Mitstreiter wollen verhindern, dass die integrative Schule scheitert, und sie möchten eine für alle tragbare Situation schaffen. Die ge-



LDP-Regierungsrat Conradin Cramer will die Bedürfnisse der Lehrer abholen. Foto: Kostas Maros

planten Förderräume beispielsweise seien eine gute Idee, aber zu kurzfristig angelegt; die Kinder bräuchten konstante Bezugspersonen.

Roth kritisiert in der Ratsdebatte: «Herr Cramer, Sie können die integrative Schule nicht nur im Erziehungsdepartement weiterentwickeln. Sie brauchen die Lehrer dazu.» Diese sollen nicht nur konsultiert, sondern explizit eingebunden werden. Cramer kontert: «Wir sind keine Schreibtischtäter.» Alle, die an den Konzepten mitarbeiteten, hätten eine pädagogische Ausbildung. Doch er ist einverstanden, die Bedürfnisse in den Schulen vor Ort

abzuholen. Und: «Es ist erkannt, dass wir jetzt am System der integrativen Schule grössere Instandhaltungsarbeiten machen müssen.»

Seit einem Jahrzehnt ein Thema

Heidi Mück vom Grün-Alternativen Bündnis betont, dass die Situation unmittelbaren Handlungsbedarf verlange. Sie stört sich daran, dass sich der Regierungsrat zwei Jahre Zeit lassen will, um die Massnahmen auszuarbeiten. In der heutigen Praxis dauere es sehr lange, bis Lehrpersonen in Not Unterstützung erführen. Doch wenn bei der

«Herr Cramer, Sie können die Schule nicht nur im Departement weiterentwickeln. Sie brauchen die Lehrer dazu.»

Franziska Roth
SP-Politikerin und Sozialpädagogin

Schulleitung um Hilfe gebeten werde, sei der Leidensdruck bereits hoch, und «das Gefüge befindet sich in einer sehr fragilen Lage». Das Thema beschäftige die Schule seit einem Jahrzehnt. Dass es nun nochmals zwei Jahre benötige, «ist für mich und betroffene Lehrpersonen schwierig nachzuvollziehen».

Auch Sandra Bothe verlangt im Namen der Grünliberalen «ein deutliches Zeichen für die Unterstützung in belastenden Situationen». Die Problemstellung sei «über die Massen herausfordernd», die Auswirkungen auf den Regelunterricht würden stark unterschätzt.